

BLICK

im
BLICK



Gastro unter Druck

Eimsbüttler Flair braucht lebendige Szene S.4

Alleinerziehende

Geplante Kürzung des Unterhaltsvorschusses S.6

TERMINE - TERMINE - TERMINE - TERMINE - TERMINE

SPD Eimsbüttel-Nord Vorstandssitzung:

Dienstag, 9. Juni und voraussichtlich **1. September 2026** um **19.30 Uhr** in der Sozialstation Lappenbergsallee 31 und online via 'Zoom'.

Per 'Zoom' Teilnehmende melden sich bitte vorher rechtzeitig bei Charlotte Nendza-Ammar oder Gabor Frese.

Im Juli und August fallen die Vorstandssitzungen aus (Sommerpause!)

Mitgliederveranstaltungen der SPD Eimsbüttel-Nord:

Dienstag, 23. Juni um **19.00 Uhr**, in der Gaststätte ‚Old Mac Donald‘, Stellingener Weg 33 (!), Thema: **Gastronomie in Eimsbüttel-Nord**. (Sh. Seite 4)

Freitag, 28. August ab 18.00: Unser traditionelles **Sommerfest** im Rahmen des Weinfestes auf dem Fanny-Mendelssohn-Platz an der Osterstraße. Eine Einladung folgt noch per Mail.

Infostand der SPD Eimsbüttel-Nord:

Samstag, 13. Juni, ab **10.30 Uhr** am Wochenmarkt Grundstraße

AG 60plus Eimsbüttel:

Donnerstag, 25. Juni, 30. Juli und **27. August 2026**, jeweils um **10.00 Uhr**, **Vorstandssitzung** und **Mitgliedertreffen** im AWO-Aktivtreff Stellingen, Jugendstraße 11.



***Einen herzlichen Glückwunsch
allen Geburtstagskindern
im Juni, Juli und August 2026***



Service

Bei Interesse an Infos aus Eimsbüttel-Nord bitte mailen an: kontakt@spd-eimsbuettel-nord.de

Infos zur AG 60plus bei Annegret Ptach, Tel. 040 / 851 29 71 oder mobil 0151 23064611

Infos und Kontakt zur Juso-Gruppe Eimsbüttel Nord/Süd über Instagram [@jusos.eimsbush](https://www.instagram.com/jusos.eimsbush)

Liebe Genoss:innen, liebe Freund:innen der SPD in Eimsbüttel,

ein politisch intensives erstes Halbjahr liegt hinter uns – umso wichtiger, miteinander im Gespräch zu bleiben, aktuelle Entwicklungen kritisch zu begleiten und gleichzeitig Raum für Begegnung und Austausch zu schaffen.



In dieser Ausgabe möchten wir Euch besonders auf den Artikel zu den geplanten Kürzungen beim Unterhaltsvorschuss hinweisen. Wir sehen viele aktuelle **sozialpolitische Entwicklungen mit Sorge**. Die konkreten Auswirkungen auf Familien und Alleinerziehende müssen wir sichtbar machen.

Bald erwartet Euch eine spannende Veranstaltung zum Thema **Gastronomie** in Eimsbüttel-Nord in der Gaststätte „Old MacDonald“. Der Betreiber wird mit uns über die aktuellen Herausforderungen der Gastronomie sprechen – von steigenden Kosten bis hin zu veränderten Rahmenbedingungen im Stadtteil. Wir freuen uns auf einen offenen Austausch und viele interessierte Teilnehmer:innen.

Neben politischen Themen freuen wir uns auf gemeinsame Veranstaltungen im Stadtteil: Unser traditionelles **Sommerfest** wird in diesem Jahr erneut im Rahmen des Osterstraßen-Weinfestes am 28. August ab 18 Uhr stattfinden. Wir hoffen auf gutes Wetter, viele Gespräche und ein schönes Beisammensein. Eine Einladung folgt noch per Mail.

Auch wir legen eine kleine **Sommerpause** ein – die nächste Vorstandssitzung findet wieder im September statt. Daher ist dies auch die letzte Blickpunkt-Ausgabe vor der Sommerpause. Die nächste folgt im September. Wir wünschen Euch allen einen erholsamen und sonnigen Sommer!

Mit solidarischen Grüßen

Charlotte Nendza-Ammar und Gabor Frese, Distriktvorsitzende

Politische Unterstützung der Gastro-Szene durch die SPD

Unser Co-Vorsitzender Gabor Frese lobte in einem Artikel im April-Blickpunkt die Gastro-Szene in Nord-Eimsbüttel. Sie leistet einen erheblichen Beitrag zur Lebensqualität in unserem Stadtteil. Er schrieb: *„Gastronomie ist heute auch ein sozialer Raum. Hier wird nicht nur konsumiert, sondern auch im Freien diskutiert und sich ausgetauscht... Gespräche auf der Straße, später Betrieb vor Bars und Cafés können die Ruhe beeinträchtigen.“* Es gibt daher auch immer wieder Beschwerden aus der Nachbarschaft, die von Mitarbeiter:innen des Bezirksamtes geprüft, beurteilt und im Rahmen der gültigen Vorgaben nach Ermessen entschieden werden. Nicht immer geht diese Entscheidung zugunsten der Gastronomie aus, was ja auch zu erwarten ist – aber inwieweit wird der Ermessensspielraum zugunsten der Gastronomie wirklich genutzt? Ein konkretes Beispiel über die Begrenzung der Außengastronomie wollen wir uns im Juni genauer ansehen: Die Entscheidung zum „Old Mac Donald“ Ecke Hellkamp/Stellinger Weg lässt Fragen offen, und mir persönlich geht das behördliche Verbot zu weit. Zwar ist das Gebiet eng bebaut, aber wer dorthin zieht, muss gewärtig sein, dass er Geräusche aus dem Freiraum zwischen den Häusern in Kauf zu nehmen hat. Die Gaststätte „Old Mac Donald“ und ihre Vorgängerin „Bahnsteig 2“ gibt es, seit die dortigen Häuser vor mehr als 70 Jahren gebaut wurden.



Wir wollen diesen Fall zum Anlass nehmen, uns am **23. Juni ab 19 Uhr** mit dem Wirt in seiner Gaststätte zu treffen. Er wird uns von seiner Situation berichten, und ich habe ein grundsätzliches Ersuchen an das Bezirksamt formuliert, alle Ermessensspielräume für die Außengastronomie zu nutzen. Das sollten wir so oder in veränderter Form beschließen. Die SPD-Bezirksfraktion könnte das Ersuchen

dann als Antrag in die Bezirksversammlung einbringen, damit die öffentliche Diskussion dieser Problematik anregen und vielleicht auch die behördliche Verfahrenspraxis im Sinne der Gastronomie beeinflussen. Darüber hinaus sollten wir überlegen, ob und ggf. wie wir dem „Old Mac Donald“ konkret helfen können, etwa indem wir das Bezirksamt veranlassen, eine Ausnahmegenehmigung zu erteilen.

Der SPD-Distrikt Eimsbüttel-Nord möge beschließen, folgendes Ersuchen an die SPD-Bezirksfraktion weiterzuleiten, mit der Bitte, dies als Antrag in die Bezirksversammlung einzubringen:

Förderung der Gastronomie im Kerngebiet Eimsbüttels

Das Bezirksamt wird ersucht, zwecks Förderung der gastronomischen Betriebe im Kerngebiet Eimsbüttels seine Ermessensspielräume bei der Erteilung von Genehmigungen und der Reaktion auf Beschwerden im Sinne der Betriebe extensiv zu nutzen.

Begründung: Die Gastronomie im Kerngebiet Eimsbüttels leistet einen erheblichen Beitrag zur Lebensqualität im Stadtteil. Es liegt daher im öffentlichen Interesse, seine Existenz zu sichern.

Etliche gastronomische Betriebe befinden sich leider seit der Coronakrise häufig in wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Zudem beschweren sich einzelne Anwohner:innen über Lärm aus Gaststätten, vor allem aus deren Außenbereich, was in einigen Fällen zu räumlichen und zeitlichen Einschränkungen der Betriebserlaubnisse geführt hat, die die Betriebe in ihrer Existenz gefährden.

Wer das Kerngebiet Eimsbüttels als Wohnort wählt, dem muss bewusst sein, dass starker Verkehrslärm und akustische Beeinträchtigungen infolge dichter Bebauung und einer erlebnisfreudigen, vorwiegend jungen Bevölkerung nicht vermeidbar sind und in Kauf genommen werden müssen. Ein hohes Mietniveau und noch höhere Immobilienpreise zeugen von der Beliebtheit des Stadtteils trotz dieser Schallemissionen.

Daher wird das Bezirksamt gebeten, bei Beschwerdeführer:innen um Verständnis für die Gastronomie zu werben, tendenziell vermittelnd tätig zu werden und nicht mit Verboten zu agieren, soweit die Rechtslage dies zulässt.

Unterhaltsvorschuss erhalten – Kinderarmut wirksam bekämpfen

Die aktuell diskutierten sozialpolitischen Vorhaben der Bundesregierung sehen wir an vielen Stellen kritisch. Zahlreiche geplante Maßnahmen drohen soziale Unsicherheiten zu verschärfen und treffen insbesondere Menschen mit geringeren finanziellen Spielräumen. In diesem Beitrag möchten wir uns beispielhaft auf einen Bereich konzentrieren, der aus unserer Sicht besonders problematisch ist: die geplanten Kürzungen beim Unterhaltsvorschuss.

Der Unterhaltsvorschuss ist keine „freiwillige Sozialleistung“, sondern ein wichtiges Schutzinstrument für Kinder. Er greift, wenn ein Elternteil seiner gesetzlichen Unterhaltspflicht nicht nachkommt oder nachkommen kann. Für viele Familien bedeutet diese Leistung finanzielle Stabilität, Planungssicherheit und gesellschaftliche Teilhabe. Gerade Alleinerziehende tragen häufig die gesamte Verantwortung für Betreuung, Alltag und Erwerbsarbeit. Wenn Unterhalt ausbleibt, darf der Staat die Kinder nicht zusätzlich im Stich lassen.

Die derzeit diskutierten Pläne sehen unter anderem eine Absenkung der Altersgrenze sowie eine erneute Begrenzung der Bezugsdauer vor. Besonders problematisch ist dabei die geplante Einschränkung für ältere Kinder und Jugendliche. Gerade in diesen Lebensphasen steigen die Kosten deutlich: Schulmaterialien, Klassenfahrten, Mobilität, Vereinsaktivitäten oder digitale Ausstattung belasten Familien finanziell erheblich. Eine Kürzung des Unterhaltsvorschusses würde viele Betroffene unmittelbar in (weitere) finanzielle Not bringen.

Die geplanten Einschnitte setzen zudem ein falsches politisches Signal. Statt konsequent gegen säumige Unterhaltspflichtige vorzugehen, soll bei den Kindern gespart werden. Damit wird Verantwortung von denjenigen verlagert, die ihrer Verpflichtung nicht nachkommen, hin zu den Familien, die bereits die Hauptlast tragen. Das widerspricht unserem Verständnis von sozialer Gerechtigkeit. Die Reform des Unterhaltsvorschusses im Jahr 2017 war ein wichtiger sozialpolitischer Fortschritt. Sie hat dafür gesorgt, dass mehr Kinder unterstützt werden und Alleinerziehende besser abgesichert sind. Diese Verbesserungen jetzt zurückzunehmen, wäre ein deutlicher Rückschritt – gerade in Zeiten steigender Lebenshaltungskosten.

Als SPD Eimsbüttel-Nord stellen wir uns klar gegen diese Kürzungspläne. Sozialdemokratische Politik muss Kinderarmut bekämpfen statt sie zu verschärfen. Kinder dürfen nicht zu Objekten kurzfristiger Sparpolitik werden.

Wer Familien stärken will, muss Alleinerziehende entlasten und die staatliche Unterstützung verlässlich absichern. Wir erarbeiten hierzu einen Antrag, der den vollständigen Erhalt des Unterhaltsvorschlusses sowie eine stärkere Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen gegenüber zahlungspflichtigen Elternteilen fordert. Für weitere Informationen oder Interesse an der Mitarbeit und Unterstützung des Antrags könnt Ihr Euch gerne an Svetlana oder Charlotte wenden.

Eine solidarische Gesellschaft zeigt sich daran, wie sie mit denjenigen umgeht, die Unterstützung benötigen. Der Unterhaltsvorschuss ist Ausdruck dieser Solidarität – und muss es bleiben.

*Charlotte Nendza-Ammar
Svetlana Romantschuk*

Hamburg kann kein Olympia – Das Tor zur Welt wurde geschlossen

Zum zweiten Mal nach 2015 wurde per Referendum gegen eine Olympia-Bewerbung Hamburgs entschieden. Am 31. Mai stand gegen 20.35 Uhr das vorläufige Ergebnis des Olympia-Referendums fest: 54,9 % (357.911) der teilnehmenden Wahlberechtigten stimmten gegen eine Bewerbung Hamburgs für die Olympischen und Paralympischen Spiele 2036, 2040 oder 2044; 45,1 % (293.819) stimmten dafür. Die Wahlbeteiligung lag knapp unter 50 %.

Meine Meinung: Für die weltoffene Hansestadt Hamburg ist das Ergebnis des Referendums in sportlicher, wirtschaftlicher und infrastruktureller Hinsicht ein nicht gewollter Rückschritt, den so manche Hamburgerinnen und Hamburger vor dem Referendum nicht erkannt haben bzw. nicht erkennen wollten.

Dirk Schlanbusch

Anzeige

Kennen Sie schon unseren AWO-Aktivtreff?



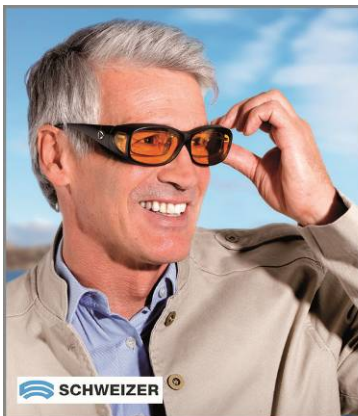
Aktivtreff Stellingen

Jugendstraße 11, 22527 Hamburg

Tel: 040 5407101, mobil 0151 23064611

Ansprechpartnerin: Annegret Ptach





OPTIKDANIEL

hingucken ... reinschauen ... durchblicken

Spezialbrillen bei Altersbedingter Makuladegeneration (AMD)

Wir sind spezialisiert auf Menschen mit altersbedingten Sehbeeinträchtigungen und nehmen uns gerne Zeit für Sie.

Jetzt Termin vereinbaren! Tel. 040 - 40 87 01

Osterstraße 136 | 20255 Hamburg-Eimsbüttel

team-**inso**

Ralf Bednarek

Fachanwalt für Strafrecht

Fachanwalt für Insolvenzrecht

Telefon: 040 / 360 980 60

www.team-inso.de

SPD Eimsbüttel-Nord (c/o SPD Eimsbüttel, Helene-Lange-Str. 1, 20144 HH)

Vorsitzende:	Charlotte Nendza-Ammar	Tel. 0174/8246192
	und Gabor Frese	Tel. 0178/9101428
Stellvertretende Vorsitzende:	Svetlana Romantschuk	Tel. 0176/63429838
Blickpunkt:	Dirk Schlanbusch	Tel. 0176/35445342
Bezirksversammlung:	Ralf Meiburg	Tel. 0160/96618075
Kerngebietsausschuss:	Til Bernstein	Tel. 0174/7080903
	und Ralf Meiburg	

Internet: www.spd-eimsbuettel-nord.de

E-Mail: kontakt@spd-eimsbuettel-nord.de

Bankkonto SPD Eimsbüttel-Nord:

IBAN: DE38 5003 3300 1244 0089 00, BIC: SCFBDE33XXX, Santanderbank